

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS – UND WAS TUN?

Herausgegeben von Jürgen Micksch

Stiftung für die
Internationalen Wochen
gegen Rassismus



1. DER ANTIMUSLIMISCHE RASSISMUS NIMMT ZU

Inhalt	
1. Der antimuslimische Rassismus nimmt zu	3
2. Wie kommt es zum antimuslimischen Rassismus?	6
3. Antimuslimischer Rassismus gefährdet die Demokratie	9
4. Kooperationen mit Muslimen	11
5. Die Zivilgesellschaft ist gefordert	13
6. Muslime sind aktiv	17
Nachwort	21
Literaturhinweise	22

In Deutschland und Europa nehmen ablehnende Einstellungen gegenüber muslimischen Menschen seit Jahren zu. Daraus entsteht ein Nährboden für den Rechtsextremismus. Rechtspopulistische und rechtsextreme politische Parteien, Bürgerinitiativen und auch Einzelpersonen verstärken antimuslimische Einstellungen und finden dabei Zuspruch in der Bevölkerung. Häufig verbindet sich das mit einer Ablehnung von Flüchtlingen, von Demokratie und von Europa. Seit Monaten gibt es eine Zunahme von Demonstrationen wie von Pegida und Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, islamische Einrichtungen wie Moscheen sowie Muslime selbst, die von Rechtsextremen und anderen organisiert werden. Menschen werden bedroht und in Gefahr gebracht.

Die zunehmende Ablehnung des Islams in Deutschland gerade in der Mitte der Gesellschaft zeigte zuletzt die Untersuchung des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung, die im Januar 2015 publiziert wurde. Die Studie hat aufgezeigt, dass 57 % der deutschen Mehrheitsbevölkerung den Islam als Bedrohung wahrnehmen, 61 % sind der Meinung, der Islam passe nicht in die westliche Welt. In östlichen Regionen Deutschlands, wo kaum Muslime leben, ist die Ablehnung am größten. Zudem zeigen die Ergebnisse der Studie, dass Muslime unter einem negativen Image leiden. Dabei belegt die Untersuchung zugleich, dass Muslime unabhängig von der Intensität ihres Glaubens dem deutschen Staat und der Gesellschaft eng verbunden sind. In der persönlichen Begegnung können Vorurteile allerdings korrigiert werden, was sich nach der Untersuchung in positiveren Einstellungen junger Men-

schen zum Islam zeigt. Junge Menschen haben häufiger Kontakt zu Muslimen und sind deutlich offener gegenüber dem Islam.

In den letzten Jahrzehnten gab es immer wieder breite öffentliche Debatten, die ablehnende Einstellungen verstärkt haben: Über den öffentlich hörbaren Gebetsruf (Ezan/Adhan), die Diskussion um antisemitische Einstellungen bei einigen Muslimen, die angebliche Ablehnung des Grundgesetzes, das Kopftuch, vermeintliche »Ehrenmorde«, den Schwimmunterricht, die Scharia als vermeintliche parallele Gesetzesgrundlage, Moscheen als »Gegengesellschaften«, Klassenfahrten, die »Kopftuchmädchen« von Sarrazin, das Minarett in der Schweiz, die Hasstiraden der Pegida-Gruppen gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes, Anschläge und Gewalt im Namen des Islams, den sogenannten Islamischen Staat (Daesh) und vieles mehr. Die meisten Themen standen im Zentrum öffentlicher Debatten und Aufregungen und sind dann doch einfach wieder verschwunden. Aber geblieben ist die zunehmende Ablehnung von Muslimen. Wohin wird das führen?

Nach all diesen Debatten müsste der Alltag mit Muslimen vor allem durch Konflikte geprägt sein. Es gibt Spannungen und Auseinandersetzungen bis hin zu Anschlägen auf Moscheen. Ursachen dafür sind fehlende Kommunikation, Vorurteile, Missverständnisse, unterschiedliche Interessen bis hin zu rassistischen Einstellungen. Insgesamt ist das alltägliche Miteinander pragmatisch und kann vielfach als gut bezeichnet werden.

Es gibt ein breites Spektrum unterschiedlicher Einstellungen zum Islam und zu Muslimen:

- Die Idealisierung des Islams und der Muslime, bei der Konflikte grundsätzlich in Abrede gestellt werden;
- ein vermeintlich kritisches Interesse gegenüber dem Islam und den Muslimen, das in Vorhaltungen z.B. zur angeblichen Unvereinbarkeit der Grundwerte des Islams mit den Idealen der Menschenrechte zum Ausdruck kommt;
- Ressentiments, die aus Unkenntnis und negativen persönlichen Erfahrungen sowie von offensichtlich tendenziösen Medienberichten herrühren;
- Muslimfeindlichkeit, bei der Muslime herabwürdigend beurteilt werden;
- Antimuslimischer Rassismus, der auf der Vorstellung von Muslimen als homogener Gruppe basiert, der meist negative Eigenschaften zugeordnet werden, die eine Diskriminierung rechtfertigen sollen und Ausdruck eines Dominanzverhältnisses sind.

2. WIE KOMMT ES ZUM ANTI-MUSLIMISCHEN RASSISMUS?

In der Soziologie und Psychologie besteht weitgehend Konsens, dass die eigene Identität dadurch ausgebildet wird, dass ein Gegenüber konstruiert und als »fremd« definiert wird. Hieraus resultieren Ausgrenzungsmechanismen, die Differenzen zwischen »uns« und den »anderen« betonen und vergrößern. Die Ursachen und Motive für ablehnende Einstellungen zu Muslimen sind komplex und vielfältig. Im Folgenden sind einige Faktoren zusammengestellt. Die Reihenfolge enthält keine Gewichtung. Fast jede einzelne Ursache wiegt für sich schwer.

1. Geschichtliche Belastungen: Muslimfeindliche Einstellungen haben sich seit den Kreuzzügen, den »Türken vor Wien« bis in die Zeit des Kolonialismus verdichtet. Das europäische Selbstverständnis wurde dadurch seit Jahrhunderten geprägt. Nach dem Antikommunismus haben muslimfeindliche Einstellungen nun verstärkt eine identitätsstiftende Funktion.

2. Politik: Insbesondere im Zusammenhang mit Wahlkämpfen gibt es politische Kampagnen, die mit populistischen Unterstellungen agieren und sich an unterschiedlichen Themen festmachen: Kopftuch, Scharia, Schächten, Konvertiten, eine angeblich religiös sanktionierte Erlaubnis zur Täuschung (Taqiyya), vermeintliche »Ehrenmorde« oder ein Verbot von Minaretten. Dazu kommen geschürte Ängste vor einem »Aussterben der Einheimischen«, der »Außensteuerung« von Moscheegemeinden, der Gefahren von »Parallelgesellschaften«, eine vermeintlich stärkere Gewaltbereitschaft von Muslimen und die Gefahr der Ausbreitung von Extremismus.

3. Religiöser Extremismus: Terror, der vermeintlich im Namen des Islams ausgeübt wird, ist medial fast täglich über Bilder aus Afghanistan, arabischen oder gelegentlich auch westlichen Ländern gegenwärtig. Ängste vor dem Daesh, dem sogenannten »Islamischen Staat«, nehmen vor allem nach dem Terror in Paris auch in Deutschland zu und verstärken den Eindruck, dass der Islam notwendig mit Gewalt und Unfrieden zusammenhängt, auch wenn Repräsentanten muslimischer Einrichtungen nicht aufhören, sich davon zu distanzieren. Auch befürchten manche, dass sich durch die Zuwanderung von Flüchtlingen aus Syrien die Zahl von religiösen Extremisten erhöhen könnte.

4. Berichte des Verfassungsschutzes: Die jährlichen Berichte des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz haben seit langem hervorgehoben, dass es eine Zunahme des »Islamismus« in Deutschland gibt. Nachdem das durch Zahlen nicht mehr zu begründen ist wird nun von einer ständigen Zunahme des »Salafismus« gesprochen. Dabei wird größtenteils ausgeblendet, dass sich die meisten als Salafisten bezeichnenden Muslime an der Zeit von Muhammad orientieren, religiöse Regeln streng beachten und unpolitisch sind. Sie stellen keine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Das ist anders bei den extremistischen Salafiten, die zahlenmäßig zunehmen, aber insgesamt überschaubar sind. Hier sollte unterschieden werden, was leider nur selten erfolgt. Medien greifen diese Berichte häufig unkritisch auf und übertreiben sie noch.

5. Medien: Negative Darstellungen von Muslimen in den unterschiedlichen Medien sind wesentlich häufiger, bleiben stärker im Bewusstsein haften und bestätigen Vorurteile. Die verbreiteten positiven Erfahrungen des guten

Zusammenlebens von Muslimen und Nicht-Muslimen werden kaum zu den guten Sendezeiten und auf den Titelseiten dargestellt. Gute Nachrichten sind – wie bei den meisten anderen Themen auch – keine Nachrichten.

6. Islamfeindliche Muslime: Unter Muslimen gibt es Gruppierungen, die verbreitete Vorurteile bestätigend aufgreifen und dadurch die öffentliche Debatte prägen. Darüber hinaus haben manche Aleviten mit ihren Familien so schreckliche Erfahrungen in der Türkei gemacht, dass sie hier aggressiv auf Muslime reagieren und Debatten z.B. in gewerkschaftlichen, politischen oder medialen Bereichen prägen. Manche Christen übertragen negative Erfahrungen aus islamisch geprägten Herkunftsländern nach Deutschland.

7. Weitere Faktoren: Negative Einschätzungen werden verstärkt durch Berichte über ablehnende Einstellungen gegenüber der Homosexualität, einseitige Debatten über die Jugendkriminalität, unzureichende Informationen über die Leistungen islamischer Kultur in den Lehr- und Bildungsplänen, konkurrierende Wahrheitsansprüche der verschiedenen Religionen, die Stilisierung vorhandener religiöser Unterschiede zu unüberbrückbaren Gegensätzen, einem angeblichen Antagonismus von Islam und Moderne, Zwangsverheiratungen, die dem Islam zugeschrieben werden und vielem mehr.

Ursachen und Motive für ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen sind so massiv und erdrückend, dass es großer Anstrengungen bedarf, hiergegen etwas nachhaltig und erfolgreich zu tun. Mit kurzfristigen Erfolgen ist nicht zu rechnen. Im Gegenteil, es sollte davon ausgegangen werden, dass ablehnende und rassistische Einstellungen in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

3. ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS GEFÄHRDET DIE DEMOKRATIE

Eine Aufgabe von demokratischen und an Menschenrechten orientierten politischen Parteien ist es, sich für den sozialen Frieden einzusetzen und rassistischen Stimmungen nicht nachzugeben. Politiker demokratischer Parteien haben allerdings immer wieder die Tendenz, Vorurteile zu verstärken und für Wahlen zu instrumentalisieren. Dem muss auf breiter Ebene widersprochen werden. Erst dann lassen sich manche Politiker von derartigen Kampagnen abbringen.

Antimuslimische Kampagnen stärken rechtsextreme Parteien, da man ihnen eher abnimmt, auch gegen Muslime vorzugehen. Sie wollen über die Ablehnung von Muslimen, Flüchtlingen, Roma oder auch Juden die Demokratie und Menschenrechte einschränken sowie antieuropäische Emotionen verstärken. Die Verbreitung von antimuslimischem Rassismus gefährdet daher die Demokratie. Europaweit ist gegenwärtig zu beobachten, wie rechtsextreme Parteien bei Wahlen erfolgreich sind und sich dabei vor allem auf den antimuslimischen Rassismus, die Ablehnung von Flüchtlingen und Roma stützen.

Muslimfeindliche Einstellungen führen zu unterschiedlichen Formen von Diskriminierungen und sind auch Türöffner für diverse weitere Formen von Diskriminierung. Hier trägt der Staat eine besondere Verantwortung, da ihm aufgrund verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Vorgaben eine Garantenfunktion für die Menschenrechte und damit auch die Durchsetzung des menschenrechtlichen Diskriminierungsverbotes zukommt. Der Staat ist infolgedessen gefordert, gegen Diskriminierungen aktiv

vorzugehen und dazu beizutragen, dass deren gesellschaftliche Ursachen überwunden werden. Er hat dabei mit gesellschaftlichen Einrichtungen zu kooperieren. Religionsgemeinschaften wie Bildungsträger, Arbeitgeber wie Gewerkschaften, Kultur und Sport haben dies als Verpflichtung aufzugreifen. In Deutschland ist hier noch ein großer Nachholbedarf, was der jüngste UN Rassismusbericht von CERD (Committee on Elimination of Racial Discrimination) noch einmal deutlich gemacht hat.

4. KOOPERATIONEN MIT MUSLIMEN

Der entscheidende Ansatz zur Überwindung von anti-muslimischem Rassismus sind Kooperationen mit Muslimen in allen Bereichen des gesellschaftlichen und sozialen Lebens. Ohne das organisierte Miteinander zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Community werden Bemühungen nur wenig Erfolg haben. Denn erst durch den Aufbau entsprechender Institutionen kann die komplexe Realität wahrgenommen werden, die durch die Vielfalt unterschiedlicher sozialer, ethnischer und religiöser Gruppierungen in unserer Gesellschaft geprägt wird. Erst durch Strukturen gleichberechtigter gesellschaftlicher Partizipation und Teilhabe kann eine gesellschaftliche Verständigung erfolgen.

Muslime sollten in allen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Lebensbereichen als gleichberechtigte Partner präsent sein. So gewinnen Muslime eine für den Einzelnen erfahrbare Präsenz und werden nicht mehr als »die Anderen«, als eine »einheitliche Gruppe« angesehen werden, denn das sind sie nicht. Sie sind genauso vielfältig wie die nichtmuslimische Bevölkerung.

In diesem Kontext kommt dem Aufbau wohlfahrtlicher Strukturen aus der vielfältigen muslimischen Community heraus, eine Schlüsselfunktion zu. Dies ist längst überfällig. Das Ziel gleichberechtigter gesellschaftlicher Partizipation und Teilhabe von Muslimen in Deutschland bedarf eines Diskurswechsels in ihrer Rolle: Vom passiven Empfänger von Angeboten, bei deren Konzeption und personeller Besetzung sie nicht oder kaum berücksichtigt werden, hin zum Anbieter von kultur- und religionssensiblen sozialen Dienstleistungen. Dabei ist die partnerschaftliche Konkurrenz einer Vielfalt von zentralen wie auch dezent-

tralen Angeboten von verschiedenen Organisationsformen durchaus begrüßenswert: Vom lokalen muslimischen Elternverein zum Aufbau einer Kita vor Ort bis hin zum Wohlfahrtsverband der Muslime in Deutschland. Dabei kann Sozialarbeit auch durch Angehörige anderer Religionen erfolgen.

Aufgabenfelder mit besonders dringlichem Bedarf sind vor allem im Bereich der frühkindlichen Pädagogik (Kindertagesstätten), der Schulsozialarbeit und Jugendhilfe und der Familienhilfe zu identifizieren. Gerade die Absolventinnen und Absolventen der Islamischen Theologie an deutschen Hochschulen stellen hier eine wissenschaftliche und personelle Ressource von unschätzbarem Wert dar, den es für diese Aufgaben zu nutzen gilt. Entsprechende Kooperationen können über die Akquise von Finanzmitteln aus Programmen für zeitlich befristete Projekte den Weg zu öffentlich geförderten Regelangeboten ebnen.

5. DIE ZIVILGESELLSCHAFT IST GEFORDERT

1. Inhaltliche Kooperationen sind auszubauen und zu entwickeln, die in das Umfeld ausstrahlen und den gemeinsamen Alltag gestalten. Denn durch Kooperationen entstehen starke Bande, die dann auch in Krisenzeiten aktivierbar sind. Dazu gehören Runde Tische, Stadtteilinitiativen, Kulturvereine usw., die miteinander vernetzt sind und öffentlichen Einfluss haben. Dafür bedarf es auch öffentlicher Mittel.

2. Religiöse Kooperationen wie Religiöse oder Interreligiöse Räte sowie Runde Tische der Religionen, die sich nicht nur auf Islamthemen konzentrieren, sind sinnvoll. Kooperationen zum Naturschutz oder in der Friedensarbeit, in Bürgerinitiativen oder Vereinen haben sich bewährt. Einrichtungen wie Islamforen oder die Deutsche Islam Konferenz waren in einer Phase entscheidend, in der allgemein bestritten wurde, dass Dialoge mit Muslimen überhaupt möglich sind. Diese Gremien sind weiterhin für die Bearbeitung spezieller Fachthemen wie die Sozialarbeit, den innermuslimischen Dialog etc. von Bedeutung. Grundsätzlich gehört es inzwischen zur Normalität des Miteinanders, dass Muslime in Deutschland nicht nur in Abrahamischen Teams kooperieren, sondern auch mit anderen Religionen und mit Menschen ohne Religion.

3. Der Verfassungsschutz ist zu beobachten, zumal er immer noch muslimische Einrichtungen in den Berichten aufführt, die keine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung sind, wie z.B. die Muslimische Jugend in Deutschland – MJD – oder die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş – IGMG. Nach den Kriterien des Ver-

fassungsschutzes ist seit Jahren von einer Abnahme der »Islamisten« zu sprechen, was inzwischen auch einige Verfassungsschutzämter tun. Der Verfassungsschutz hat weiterhin wichtige Aufgaben bei der Beobachtung von gewaltbereiten Extremisten, die z.B. den Daesh unterstützen, den sogenannten Islamischen Staat.

4. Diskriminierungen von Muslimen entgegenreten.

Hierfür sind regionale und überregionale Antidiskriminierungsstellen auf- und auszubauen. Zu ihren Aufgaben sollte es gehören, Benachteiligungen von Muslimen im alltäglichen Leben, sowie am Arbeitsplatz, in Schulen und Universitäten, in Medien und bei der Wohnungssuche oder tätliche Angriffe auf Moscheen und andere antimuslimische Straftaten zu dokumentieren und ein Beschwerde- und Clearingmanagement zu ermöglichen. Diese Antidiskriminierungsstellen sind mit mehrsprachigen Personen aus der Community zu besetzen, um den Betroffenen möglichst niedrigschwellige Zugänge zu ermöglichen.

5. Medienpartnerschaften und eigene Medienprogramme sind auf- und auszubauen.

Antimuslimische Blogs im Internet sind mit ihrem Hass und Rassismus kritisch zu analysieren. Bei Rechtsverstößen ist gegen sie vorzugehen. Zu verstärken sind positive Beispiele wie der Mediendienst Integration oder das Institut für Medienverantwortung. Natürlich ist es medial interessanter und für Quoten ergiebiger, Konflikte mit Muslimen darzustellen. Das muss jedoch in einem ausgewogenen Verhältnis zu den vielen positiven Beispielen für ein gutes Miteinander stehen.

Darüber hinaus muss nach Möglichkeiten gesucht werden, um auch Angebote von Migranten für Migranten in öffentlich-rechtlichen Medien zu schaffen. Es kann auf

Dauer nicht angehen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte Rundfunkgebühren bezahlen, aber in der Gestaltung von Rundfunk- und Radioprogrammen praktisch keine Rolle spielen. Gerade solche, zum Teil muttersprachliche, Programme sind eine bisher sträflich ungenutzte Möglichkeit, Menschen mit Migrationsgeschichte – und darunter auch Muslime – über eine Vielzahl wichtiger Themen zu informieren: Von Sprachförderung und Bildungsbeteiligung, über Diskriminierung und Rechte, bis zu Themen aus Politik und Gesellschaft. Dies würde der vielbeschworenen gesellschaftlichen Vielfalt endlich auch die notwendige mediale Präsenz geben, Informationsflüsse für notwendigen Dialog ermöglichen und Integration durch Partizipation und Teilhabe befördern. Angesichts der aktuellen Zuwanderung von Flüchtlingen sind solche Angebote besonders dringlich.

6. Anschläge auf Moscheen, Synagogen oder Flüchtlingsheime sollten breite Solidarisierungen vor Ort auslösen.

Solche Anschläge erfolgen ja in der Erwartung, dass sie von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden. Am besten ist es, wenn die Gewalttäter erfahren, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung öffentlich mit den Angegriffenen solidarisiert. Sicher gibt es auch Orte, wie bei den Pegida-Demonstrationen gegen die »Islamisierung des Abendlandes«, wo solche Solidarisierungen in der Minderheit bleiben. Dann ist es entscheidend, daran zu arbeiten und deutlich zu machen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung und ihrer Institutionen für ein friedliches Miteinander mit Muslimen, Juden, Roma oder Flüchtlingen öffentlich eintritt.

7. Netzwerke aus- und aufbauen, die sich öffentlich für ein friedliches Miteinander einsetzen. Rechtsextremisten und andere fanatische Muslimhasser sind in sozialen

Netzwerken aktiv und vermitteln den Eindruck, dass sie Mehrheiten in der öffentlichen Debatte hinter sich haben. Dem muss entgegengewirkt werden. Rechtsextreme und rechtspopulistische Gewalttäter sind zu isolieren und das Engagement der großen Mehrheit der Bevölkerung ist sichtbar zu machen, die sich für ein gutes Miteinander einsetzen. Netzwerke in Kooperation mit demokratischen gesellschaftlichen Einrichtungen haben dafür eine große Bedeutung. Dieses Engagement kann öffentlich besonders deutlich werden bei den jährlich über 5.000 Veranstaltungen zu den Interkulturellen Wochen Ende September, den über 1.000 Angeboten zu Besuchen am Tag der offenen Moschee am 3. Oktober jeden Jahres oder den über 1.500 Veranstaltungen bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus, die jährlich im März stattfinden.

6. MUSLIME SIND AKTIV

Muslime fördern verstärkt den Austausch von Muslimen und Nichtmuslimen. Einige Beispiele und Anregungen seien hier genannt:

■ **Die Partizipation** in der Gesellschaft wird immer weiter ausgebaut. Vielerorts gibt es eine aktive Mitarbeit in der Politik und in kommunalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gremien, wie z.B. bei Elternvertretungen in Kindergärten, Schulen, bei Sportvereinen und Feuerwehren.

■ **»Muslime laden ein«** ist ein Konzept, das viel zum Abbau von Vorurteilen beitragen kann. Dazu gehören Tage der Offenen Moschee am 3. Oktober, Veranstaltungen zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus im März, Einladungen zu Iftar-Abenden, die im Monat Ramadan an immer mehr Orten öffentlich mit teilweise tausenden Teilnehmenden durchgeführt werden oder die in Ramadan-Zelten stattfinden oder bei Abrahamsfesten sowie Einladungen zu Tee-Parties in Familien.

■ **Im Koordinationsrat der Muslime** in Deutschland (KRM) haben sich vier große Gemeinschaften zusammengeschlossen. In der Deutschen Islam Konferenz (DIK) sind mittlerweile acht große Verbände vertreten und arbeiten gemeinsam in der AG Wohlfahrt. Darüber hinaus gibt es Überlegungen für eine Kooperation der vielen anderen muslimischen Einrichtungen wie der Liberalen Muslime, der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD), muslimischer Frauenvereinigungen und andere. Genauso wie bei Christen und Juden kann von Muslimen nicht erwartet werden, dass es nur einen Ansprechpartner für alles gibt.

»MUSLIME LADEN EIN«

Die Erfahrung zeigt, dass ablehnenden Einstellungen insbesondere bei Menschen vorzufinden sind, die selbst kaum oder keine persönlichen Kontakte zu Muslimen haben. Dagegen können wir etwas tun. Durch persönliche Begegnungen werden Vorurteile abgebaut und unsere Gesellschaft gestärkt.

Unter dem Motto **»100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus«** finden vom 10. - 23. März 2016 die Internationalen Wochen gegen Rassismus statt. In diesem Zeitraum wird es bereits zum dritten Mal das Projekt **»Muslime laden ein«** geben. Muslimische Gemeinden und Einrichtungen haben die Möglichkeit, zum gegenseitigen Austausch von Muslimen und Nichtmuslimen einzuladen und entsprechende Veranstaltungen durchzuführen. Dabei sollte ein Bezug zu Themen der Internationalen Wochen gegen Rassismus bestehen.

Im Jahr 2015 wurden im Rahmen dieses Projekts mehr als 70 Veranstaltungen verschiedenster Art auf die Beine gestellt. Auch im Jahr 2016 soll dazu angeregt werden, aktiv auf die Menschen in der Nachbarschaft zuzugehen. Durch persönliche Kontakte kann ein entscheidender Beitrag dazu geleistet werden, Vorurteile und Ängste abzubauen.

Bei der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus können dazu mehr Informationen angefordert und finanzielle Förderungen beantragt werden. Die Stiftung hat vorgesehen, dieses Projekt ab April 2016 auch ganzjährig zu fördern.

■ **Universitäten** mit islamischen Theologen haben eine große Bedeutung bei der Ausbildung von Islamischen Theologen und Religionslehrern und sollten eine qualifizierende Rolle im Dialog mit der Gesellschaft und beim Aufbau von Strukturen sozialer Dienstleistungen spielen. Ihrem wissenschaftlichem know-how und personellen Ressourcen kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Die vier großen bekenntnisorientierten Islamischen Theologiezentren entwickeln mit Zutun der Verbände eine neue Islamische Diskussionskultur auf akademischer Ebene.

■ **Kooperationen** wie beim Dialogforum **»Religionen für biologische Vielfalt«** des Abrahamischen Forums mit neun Religionsgemeinschaften können an unterschiedlichen Orten durchgeführt werden und öffentlich sichtbar machen, dass Muslime zur deutschen Gesellschaft gehören und mit anderen Religionsgemeinschaften zusammenarbeiten.

■ **Die Frauenarbeit** ist teilweise schon hervorragend entwickelt; zu qualifizieren ist vor allem die Jugendarbeit und die Sozialarbeit. Neben dem bewährten Einsatz muttersprachlicher Imame für die ersten und zweiten Generationen von Gläubigen besteht jedoch dringender Bedarf für deutschsprachige Jugendimame und Jugendpädagogen für die dritten und vierten Generationen. Entsprechende Angebote, auch für Frauen (z.B. muslimische Frauenhäuser) und im Bereich religionssensibler Familienhilfe (z.B. Qualifikation muslimischer Pflegefamilien) könnten in Zusammenarbeit mit den Instituten für Islamische Theologie deutscher Universitäten entwickelt werden. Bei der Ahmadiyya Muslim Jamaat gibt es ein erstes islamisches Frauenhaus und eine eigenständige Frauenorganisation mit 10.000 Frauen.

■ **Das Landesmodellprojekt Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt!** ist ein Beispiel für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Community, Universität und Religionsgemeinschaften, Studierenden der Islamischen Theologie und Jugendlichen der Moscheegemeinden vor Ort. Durch Angebote der interkulturellen politischen Bildung und Empowermentpädagogik wird jungen Muslimen die selbstbestimmte zivilgesellschaftliche Partizipation und Teilhabe ermöglicht, ein Runder Tisch Junge Muslime in Hessen aufgebaut und ein entsprechender Jugendverband gegründet. Studentische Arbeitsgemeinschaften begleiten das Projekt und sorgen für den angestrebten Wissenschaft-Praxis-Transfer, um Bedarfe der Jugend- und Gemeindearbeit zu bedienen und zum Aufbau sozialer Dienstleistungen beizutragen.

NACHWORT

Der Interkulturelle Rat in Deutschland hat 2008 die Broschüre »Das Islambild verändern. Positionen zur Überwindung von Islamfeindlichkeit« herausgegeben, die in mehreren Auflagen veröffentlicht wurde. Die Debatte dazu wurde veröffentlicht in dem von Jürgen Micksch im Jahr 2009 herausgegebenen Buch »Antimuslimischer Rassismus. Konflikte als Chance«.

Am 29. April 2015 wurde im Deutschen Islamforum vorgeschlagen, diese Broschüre angesichts der inzwischen gemachten Erfahrungen weiterzuentwickeln. Dazu erfolgte ein Austausch in einer vom Deutschen Islamforum eingerichteten Arbeitsgruppe sowie mit Experten. In der Sitzung des Deutschen Islamforums am 16. November 2015 in Frankfurt am Main wurde diese Ausarbeitung besprochen und Anregungen aufgegriffen. Danach ist sie an weitere Personen mit der Bitte um Anregungen übersendet und überarbeitet worden. Für kritische Hinweise und Anregungen danken wir besonders Dunya Adigüzel, Dr. Yasar Bilgin, Aiman Mazyek, Mehmet Şenel, Marc Jacobsen und Yasmin Khurshid.

Die Broschüre soll Anregungen geben für Veranstaltungen zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus, Interkulturellen Wochen oder Tagen der offenen Moschee. Insbesondere für das Projekt »Muslime laden ein« sind Anstöße für Diskussionen enthalten, die angesichts der verbreiteten Vorurteile gegenüber dem Islam und Muslimen nützlich sein können. Und natürlich freuen wir uns über kritische Hinweise und Anregungen zu einem Thema, mit dem wir uns noch lange zu befassen haben.

Jürgen Micksch

Geschäftsführender Vorstand der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

LITERATURHINWEISE

Iman Attia / Alexander Häusler / Yasemin Shooman,
Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand,
86 Seiten, Münster 2014

Wolfgang Benz / Juliane Wetzel (Hg.), Antisemitismus
und radikaler Islamismus, 218 Seiten, Essen 2007

Stephan Bundschuh / Ansgar Drücker / Birgit Jagusch
(Hg.), Islamfeindlichkeit. Aspekte, Stimmen, Gegen-
strategien. Reader für Multiplikatoren in der Jugend-
und Bildungsarbeit, Düsseldorf 2012

Cerd-Bericht: [http://mediendienst-integration.de/
artikel/cerd-berichterstattung-antirassismus-konvention-
2015.html](http://mediendienst-integration.de/artikel/cerd-berichterstattung-antirassismus-konvention-2015.html)

DGB-Jugend: Blickpunkt – Antimuslimischer Rassismus,
www.dgb-jugend.de

Kai Hafez / Sabrina Schmidt, Die Wahrnehmung des
Islams in Deutschland, 80 Seiten, Gütersloh 2015

Günther Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungs-
wahrnehmungen junger Muslime in Europa, Ergebnisse
einer Studie unter jungen muslimischen Männern,
342 Seiten, Essen 2012

Inva Kuhn, Antimuslimischer Rassismus: auf Kreuzzug
für das Abendland, 110 Seiten, Köln 2015

Jürgen Micksch, Interkulturelle Modelle gegen Rassis-
mus, 98 Seiten, Berlin 2014

Jürgen Micksch (Hg.), Antimuslimischer Rassismus.
Konflikte als Chance, 175 Seiten, Frankfurt/M. 2009

Jürgen Micksch / Yasmin Khurshid / Hubert Meisinger /
Andreas Mues (Hg.), Religionen und Naturschutz –
Gemeinsam für biologische Vielfalt, Bonn 2015

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

64293 Darmstadt, Goebelstraße 21

Telefon 06151 - 33 99 71, Fax 06151 - 39 19 740

E-Mail: stiftung@interkultureller-rat.de

www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de

Vorstand: Dr. Jürgen Micksch (geschäftsführend),
Jagoda Marinić (Vorstandssprecherin)

Stiftungsrat: Dr. Theo Zwanziger (Vorsitz), Bundestags-
vizepräsidentin Claudia Roth (stellv. Vorsitzende),
Giovanni Pollice

Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus ist vom Regierungspräsidium Darmstadt am 6. Mai 2014 unter dem Aktenzeichen | 13-25d 04/11-(11)-156 – als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts anerkannt worden. Das Finanzamt Darmstadt hat die Stiftung unter der Steuernummer 07 250 48085 – V/602 als gemeinnützig anerkannt.

Weitere Exemplare der Broschüre können bei der Stiftung kostenlos angefordert werden. Unkostenpreis ab 20 Exemplaren € 0,50 pro Exemplar zuzüglich Versandkosten.

Spendenkonto der Stiftung: Evangelische Bank eG

IBAN: DE14 5206 0410 0004 1206 04

BIC: GENODEF1EK1

Veröffentlicht im Januar 2016

**Stiftung für die
Internationalen Wochen
gegen Rassismus**

